

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Kapitel 1 Einleitung

A. Geschichtliche Entwicklung	1
I. Anfänge des Schwerbehindertenrechts	1
II. Schwerbeschäftigtengesetz 1953	2
III. Schwerbehindertengesetz 1974	3
IV. Schwerbehindertengesetz 1986	5
V. Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 27.9.2000	5
B. Beratungen zum SGB IX und bisherige Erfahrungen	6
C. Inhaltliche Schwerpunkte und wichtigste Neuerungen des Gesetzes	11
I. Konzeptionelle Übersicht	11
II. Wichtigste Neuerungen im SGB IX Teil 1	13
1. Definition des Begriffs „Behinderung“	13
2. Unmittelbar geltendes Recht	14
3. Einbeziehung der Träger der Sozialhilfe und der Träger der Jugendhilfe	14
4. Koordination der Leistungen und Kooperation der Leistungs- träger, speziell gemeinsame Servicestellen und gemeinsame Empfehlungen sowie trägerübergreifende Qualitätssicherung ..	14
5. Rasche Zuständigkeitserklärung	16
6. Integrationsämter	17
7. Integrationsfachdienste	17
8. Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten, Erstattung selbstbeschaffter Leistungen	18
9. Arbeitsassistenz	19
10. Vorrang von Leistungen zur Teilhabe, psychologische und pädagogische Hilfen, stufenweise Wiedereingliederung	19
11. Gebärdensprache	19
12. Prozessstandschaft	20
13. Ambulant vor stationär	20
14. Besondere Bedürfnisse und Probleme behinderter Frauen und Kinder	20
III. Einbeziehung des Schwerbehindertengesetzes	21
1. Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	21
2. Gestaffelte Ausgleichsabgabe	21
3. Pflichten des Arbeitgebers	22
4. Besonderer Kündigungsschutz	22
5. Vereinbarung eines Integrationsplans/Prävention	22
6. Schwerbehindertenvertretung	23
7. Integrationsfachdienste	23
8. Integrationsprojekte	24
9. Werkstätten für Behinderte	24
10. Unentgeltliche Beförderung im Personenverkehr	24

D. Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (BGG)	25
I. Parlamentarische Beratungen	25
II. Wichtigste Neuerungen im Bundesbehindertengleichstellungsgesetz	26
E. Länderbehindertengleichstellungsgesetze	28
F. Zivilrechtliche Antidiskriminierungsvorschriften	29

Kapitel 2 Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

A. Allgemeine Regelungen	31
I. Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft	31
II. Begriff der „Behinderung“	33
B. Leistungen zur Teilhabe	34
I. Allgemeines	34
II. Leistungsgruppen	37
1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	37
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	38
3. Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	38
4. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	38
III. Rehabilitationsträger	38
IV. Vorrang von Leistungen zur Teilhabe	42
C. Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten	42
D. Koordination, Konvergenz und Kooperation	44
I. Zuständigkeitserklärung	44
1. Feststellung der Zuständigkeit	44
2. Klärung der Zuständigkeit	44
3. Feststellung des Rehabilitationsbedarfs	46
4. Erfordernis eines Gutachtens	46
5. Erstattungsverfahren	46
6. Beauftragung von Sachverständigen	46
II. Erstattung selbstbeschaffter Leistungen	48
III. Koordinierung der Leistungen	49
IV. Zusammenwirken der Leistungen	49
V. Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger	50
VI. Gemeinsame Empfehlungen	52
1. Inhalt	52
2. Abschluss	53
3. Erfahrungsbericht	54
4. Rechtsverordnung statt Empfehlung	55
VII. Gemeinsame Servicestellen	55
E. Vorrang der Prävention	55
F. Ausführung von Leistungen zur Teilhabe	56
I. Allgemeines	56
II. Persönliches Budget	57
III. Leistungsort	58
IV. Rehabilitationsdienste und -einrichtungen	59
1. Anzahl und Qualität	59
2. Verantwortlichkeit	59
3. Leistungserbringung	59
4. Auswahl der Rehabilitationsdienste und -einrichtungen	60
V. Qualitätssicherung und Verträge mit Leistungserbringern	61

G. Gemeinsame Servicestellen	63
I. Aufgaben	63
II. Organisation der Servicestellen	65
III. Berichtspflicht	66
H. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	66
I. Allgemeines	66
II. Begriff der medizinischen Rehabilitation	67
III. Krankenbehandlung und Rehabilitation	69
IV. Stufenweise Wiedereingliederung	70
V. Förderung der Selbsthilfe	71
VI. Früherkennung und Frühförderung	71
VII. Hilfsmittel	72
I. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	73
I. Allgemeines	73
II. Katalog der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	74
1. Hilfen zur Erhaltung und Erlangung eines Arbeitsplatzes	74
2. Berufsvorbereitung	75
3. Berufliche Anpassung und Weiterbildung	75
4. Berufliche Ausbildung	76
5. Überbrückungsgeld	76
6. Sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben	77
7. Arbeitsassistenz	77
8. Praktika	78
III. Auswahl der Leistungen	78
IV. Medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen	79
V. Kosten bei auswärtiger Unterbringung und Maßnahmekosten	80
VI. Leistungen an Arbeitgeber	80
VII. Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation und Rechtsstellung der Teilnehmenden	81
VIII. Dauer von Leistungen	83
IX. Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit	84
X. Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	85
1. Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich	85
2. Leistungen im Arbeitsbereich	86
3. Zuständigkeit für Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	87
4. Arbeitsförderungsgeld	87
J. Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	88
I. Allgemeines	88
II. Leistungen zum Lebensunterhalt	88
1. Leistungsarten	89
a) Krankengeld, Verletzengeld, Übergangsgeld und Versorgungskrankengeld bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	89
b) Übergangsgeld bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	89
c) Ausbildungsgeld und Unterhaltsbeihilfe	90
2. Modalitäten beim Übergangsgeld	90
a) Ruhen des Übergangsgeldes	90
b) Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes	90
c) Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	92
d) Kontinuität der Bemessungsgrundlage	93
e) Anpassung der Entgeltersatzleistungen	93
f) Weiterzahlung der Leistungen	94
g) Einkommensanrechnung	94

III. Beiträge und Beitragszuschüsse	95
IV. Rehabilitationssport und Funktionstraining	95
V. Reisekosten	96
VI. Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	97
K. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	98
I. Allgemeines	98
II. Katalog der Leistungen	98
1. Hilfsmittel und Hilfen	98
2. Heilpädagogische Leistungen für Kinder	99
3. Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	99
4. Hilfen zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt	99
5. Hilfen zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung	100
6. Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglich- keiten	100
7. Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	100
L. Sicherung und Koordinierung der Teilhabe	101
I. Sicherung von Beratung und Auskunft	101
II. Prozessstandschaft der Verbände	101
III. Koordinierung der Teilhabe behinderter Menschen	102
1. Beirat	102
2. Berichte über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe	102

Kapitel 3

Schwerbehindertenrecht – besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen

A. Geltungsbereich	106
I. Schwerbehinderte Menschen	106
1. Feststellung des Grades der Behinderung	106
2. Antragserfordernis	106
3. Zuständigkeit und Verfahren	107
4. Feststellung nach Zehnergraden	107
5. Mehrere Beeinträchtigungen	108
II. Gleichgestellte behinderte Menschen	109
1. Anerkennungsverfahren/Antragserfordernis	109
2. Form des Antrags/Zuständigkeit	109
3. Wirkung der Gleichstellung	110
4. Befristung der Gleichstellung	110
5. Rechtsbehelfe	110
B. Schwerbehindertenausweis	111
I. Ausstellung des Ausweises	111
II. Nachweisfunktion des Ausweises	112
III. Rechtsbehelfe	112
C. Beendigung des besonderen Schutzes und Entzug der besonderen Hilfen	112
I. Beendigung des besonderen Schutzes	113
II. Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	114
D. Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	117
I. Erfüllung der Beschäftigungspflicht	117
II. Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht	118
III. Beschäftigungspflichtige Arbeitgeber	118

1. Arbeitsplätze im Sinne des SGB IX Teil 2.	119
2. Sonstige Stellen	119
IV. Pflichtquote	120
V. Berechnung der Pflichtarbeitsplatzzahl	121
VI. Anrechnung schwerbehinderter Beschäftigter	121
1. Einfachanrechnung	122
2. Mehrfachanrechnung	123
E. Ausgleichsabgabe	124
I. Rechtscharakter der Ausgleichsabgabe	124
II. Pflicht zur Beschäftigung trotz Ausgleichsabgabe	125
III. Berechnung der Ausgleichsabgabe	125
IV. Höhe der Ausgleichsabgabe	125
V. Anpassung der Ausgleichsabgabe	126
VI. Zahlung der Ausgleichsabgabe	126
1. Frist für die Zahlung der Ausgleichsabgabe	126
2. Säumniszuschläge	127
3. Bescheid des Integrationsamtes	127
VII. Verwendung der Ausgleichsabgabe	127
VIII. Verteilung und Verwaltung der Mittel der Ausgleichsabgabe	128
IX. Ausgleichsfonds	128
F. Sonstige Pflichten der Arbeitgeber	128
I. Führen eines Verzeichnisses	129
II. Anzeigepflicht	129
III. Auskunftspflicht	131
IV. Einblick in den Betrieb durch die Bundesanstalt für Arbeit und das Integrationsamt	131
V. Bestellung und Benennung eines Beauftragten	131
1. Bestellung des Beauftragten	132
2. Aufgaben des Beauftragten	132
VI. Pflicht zur Prüfung von Einstellungsmöglichkeiten für schwerbehinderte Menschen	133
1. Prüfpflicht des Arbeitgebers	133
2. Information von Schwerbehindertenvertretung und Betriebs- bzw. Personalrat	134
VII. Benachteiligungsverbot und Entschädigungsanspruch	135
1. Begriff der Benachteiligung	135
2. Entschädigungspflicht des Arbeitgebers	136
3. Begrenzung der Entschädigung	137
4. Frist für die Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs	137
5. Beruflicher Aufstieg	137
VIII. Prävention	137
1. Zeitpunkt der Gefährdung des Arbeitsverhältnisses	138
2. Beseitigung von Schwierigkeiten	138
3. Einschaltung der Schwerbehindertenvertretung bei Arbeitsun- fähigkeit	139
G. Rechte schwerbehinderter Menschen	139
I. Anspruch auf behindertengerechte Beschäftigung	140
II. Bevorzugte Berücksichtigung bei innerbetrieblicher Bildung	141
III. Behindertengerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes	141
IV. Anspruch auf Teilzeitarbeit	142
V. Arbeitsassistent	142
VI. Vorrang der schwerbehinderten Menschen	144
VII. Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	145
VIII. Freistellung von Mehrarbeit	146

1. Persönlicher Geltungsbereich	147
2. Begriff der Mehrarbeit	147
3. Verlangen des schwerbehinderten Menschen	148
IX. Zusatzurlaub für schwerbehinderte Menschen	148
1. Persönlicher Anwendungsbereich	149
2. Entstehung des Urlaubsanspruchs	150
3. Dauer des Zusatzurlaubs	151
4. Erlöschen des Urlaubsanspruchs	152
5. Urlaubsabgeltung	153
6. Urlaubsgeld	153
X. Bevorzugte Zulassung zu Berufen oder Gewerben	154
H. Integrationsvereinbarung	155
I. Abschluss der Integrationsvereinbarung	155
II. Inhalt der Integrationsvereinbarung	156
I. Kündigungsschutz	157
I. Geschützter Personenkreis	159
II. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	160
III. Vorherige Zustimmung zur Kündigung durch Integrationsamt	160
1. Antrag auf Zustimmung des Integrationsamtes	161
2. Verfahren vor dem Integrationsamt	162
3. Entscheidung des Integrationsamtes	163
4. Ermessenspielraum des Integrationsamtes	163
5. Frist zur Erklärung der Kündigung	164
IV. Kündigungsfrist	166
V. Außerordentliche Kündigung	166
1. Begriff	167
2. Antrag auf Zustimmung des Integrationsamtes	167
3. Entscheidung des Integrationsamtes	167
4. Ausspruch der außerordentlichen Kündigung	169
VI. Besonderheiten bei Beamten	169
J. Schwerbehindertenvertretung	171
I. Wahl der Schwerbehindertenvertretung	171
II. Wahl von Vertrauensperson und Stellvertreter	172
1. Wahlberechtigung	173
2. Wählbarkeit	174
3. Grundsätze der Wahl der Schwerbehindertenvertretung	174
a) Zeitpunkt der Wahl der Schwerbehindertenvertretung	174
b) Wahlgrundsätze und Wahlverfahren	175
c) Wahlschutz und -anfechtung, Kosten der Wahl	175
4. Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung	176
III. Aufgaben und Rechte der Schwerbehindertenvertretung	179
1. Allgemeine Aufgaben	180
2. Heranziehung des Stellvertreters	180
3. Recht auf Unterrichtung durch den Arbeitgeber	181
4. Einblick in Bewerbungsunterlagen/Teilnahme an Vorstellungsgesprächen	181
5. Einsichtsrecht in Personalakte	182
6. Teilnahmerecht an Sitzungen des Betriebs- bzw. Personalrats	182
7. Aussetzung von Beschlüssen	183
8. Recht zur Teilnahme an Besprechungen	184
9. Versammlung der schwerbehinderten Menschen	184
IV. Rechtsstellung der Vertrauensperson	184
1. Benachteiligungsverbot	185
2. Kündigungsschutz	185

3. Anspruch auf Freistellung von der Arbeit	186
a) Freistellung wegen Amtsaufgaben	186
b) Freistellung wegen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	187
c) Ausgleich durch Arbeits- und Dienstbefreiung	187
4. Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflicht	188
V. Kosten der Schwerbehindertenvertretung	188
VI. Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehinderten-	
vertretung	189
1. Gesamtschwerbehindertenvertretung	189
2. Konzernschwerbehindertenvertretung	190
K. Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialräte	191
I. Eingliederung schwerbehinderter Menschen	191
II. Überwachung des Arbeitgebers	191
III. Wahl der Schwerbehindertenvertretung	192
L. Integrationsämter	192
I. Aufgaben der Integrationsämter	193
II. Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integra-	
tionsamt	193
M. Integrationsfachdienste	193
I. Betroffener Personenkreis	194
II. Aufgaben der Integrationsfachdienste	195
III. Beauftragung der Integrationsfachdienste	195
IV. Zahl der Integrationsfachdienste	196
V. Fachliche Anforderungen an die Integrationsfachdienste	197
VI. Vergütung der Integrationsfachdienste	197
N. Integrationsprojekte	198
I. Begriff	198
II. Betroffener Personenkreis	199
III. Aufgaben	200
IV. Förderung der Integrationsprojekte	200
O. Werkstätten für behinderte Menschen	201
I. Begriff	202
II. Betroffener Personenkreis	202
III. Aufgaben	204
IV. Anforderungen an die Werkstatt für behinderte Menschen	204
V. Aufnahme in die WfB	205
VI. Rechtsstellung behinderter Menschen in der WfB	206
VII. Arbeitsentgelt behinderter Menschen	206
VIII. Werkstattvertrag	207
IX. Mitwirkung in der WfB – Werkstattträte	207
1. Persönlicher Geltungsbereich	208
2. Größe des Werkstatttrates	208
3. Wahl des Werkstatttrates	208
4. Aufgaben des Werkstatttrates	209
X. Unterrichtungspflicht gegenüber dem gesetzlichen Vertreter/Eltern-	
beirat	209
XI. Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe	210
XII. Bevorzugte Vergabe von Aufträgen an WfB	211
XIII. Blindenwerkstätten	212
P. Unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr	213
I. Persönlicher Geltungsbereich	213
II. Sachlicher Anwendungsbereich	217

Q. Straf- und Bußgeldvorschriften	218
I. Straftatbestände	218
II. Bußgeldtatbestände	219

Kapitel 4

Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen – Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)

A. Zielsetzung des BGG	221
I. Herstellung von Barrierefreiheit	221
II. Verpflichtung des Bundes	222
III. Grundgesetz und europarechtliche Grundlagen	222
1. Grundgesetz	222
2. EG-Vertrag	222
IV. Gleichstellung in anderen Bundesgesetzen	223
1. SGB IX	223
2. Mietrechtsreformgesetz	223
3. Geplantes zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz	223
B. BGG im Überblick	224
I. Barrierefreiheit	224
II. Zielvereinbarungen	225
III. Rechtsschutz	225
IV. Behindertenbeauftragter	226
V. Änderung weiterer Bundesgesetze	226
C. Begriff der Behinderung	226
D. Behinderte Frauen	227
I. Beseitigung von Benachteiligungen	227
II. Förderung der Gleichstellung	228
III. Durchsetzung der Rechte	228
E. Zielvereinbarungen	229
I. Allgemeines	229
II. Inhalt der Zielvereinbarung	230
III. Rechtsnatur der Zielvereinbarung	231
IV. Partner der Zielvereinbarung	231
1. Anerkennung von Verbänden	231
2. Anerkannte Verbände	232
V. Verhandlungen über die Zielvereinbarung	234
VI. Zielvereinbarungsregister	235
F. Barrierefreiheit	236
I. Allgemeines und Definition	236
II. Konkretisierung in anderen Gesetzen und Vorschriften	236
III. Adressatenkreis	237
1. Behörden	237
2. Gerichte	237
IV. Rechtsanspruch	238
1. Allgemeines	238
2. Definition, Inhalt	238
G. Barrierefreiheit in Bau und Verkehr	239
I. Baubereich	239
1. Allgemeines	239
2. Inhalt der Verpflichtung zur Barrierefreiheit	239
3. Länder-Bauordnungen	240

4. Sozialer Wohnungsbau	240
II. Verkehrsbereich	240
1. Allgemeines	240
2. Verweisung auf Spezialgesetze	241
3. Eisenbahnen	241
4. Öffentlicher Nahverkehr	241
5. Luftverkehr	242
6. Bundesfernstraßen	242
7. Gemeindeverkehrsfinanzierung	242
8. Landesspezifische Regelungen	243
H. Gebärdensprache, Dokumente und Informationstechnik	243
I. Gebärdensprache	243
1. Kommunikationshilfenverordnung – KHV/Allgemeines	244
2. Geschützter Personenkreis	244
3. Anwendungsbereich	244
4. Umfang des Anspruchs	245
5. Kommunikationshilfen	245
6. Organisation	245
7. Kosten	246
II. Bescheide und Vordrucke	246
1. Verordnung über barrierefreie Dokumente – VBD/Allgemeines	246
2. Geschützter Personenkreis	246
3. Anwendungsbereich	247
4. Formen der Zugänglichmachung	247
5. Abgrenzung zur amtlichen Bekanntgabe	247
6. Umfang des Anspruchs	248
7. Organisation	248
III. Barrierefreie Informationstechnik	249
1. Verordnung zur Schaffung barrierefreier IT – BITV/ Allgemeines	249
2. Geschützter Personenkreis	249
3. Anwendungsbereich	249
4. Umfang des Anspruchs	250
5. Anzuwendende Standards	250
6. Umsetzungsfristen für die Standards	251
I. Rechtsschutz	251
I. Prozessstandschaft, § 12 BGG	251
1. Allgemeines	251
2. Begriffe	252
3. Rechtsweg	252
4. Klagegründe	252
5. Klagebefugnis	253
6. Abgrenzung zum Prozessvertretungsrecht von Verbänden	253
a) Verwaltungsgerichtliches Verfahren	253
b) Sozialgerichtliches Verfahren	254
II. Verbandsklage	255
1. Allgemeines	255
2. Klagevoraussetzungen	256
3. Feststellungsklage	256
4. Vorverfahren	257
5. Klagegründe	257
6. Klagegegner	258
7. Anerkennung des Verbandes	258
J. Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen	258

K. Änderung weiterer Bundesgesetze	259
I. Berufsrecht	259
II. Gaststättenrecht	259
III. Bundestags- und Europawahlen	260
IV. Hochschulstudium	261
L. Gleichstellungsgesetze der Länder	261
I. Übersicht über den Stand der Gesetzgebung	262
II. Berlin	263
1. Allgemeines	263
2. Adressatenkreis	263
3. Diskriminierungsverbot	264
4. Begriff der Behinderung	264
5. Frauenförderung	264
6. Förderung der Mobilität	264
7. Gebärdensprache	265
8. Rechtsschutz	265
9. Beauftragte und Beiräte	265
10. Bauordnung	265
III. Sachsen-Anhalt	266
1. Allgemeines	266
2. Gesetzesziele	266
3. Begriff der Behinderung	266
4. Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbot	266
5. Adressatenkreis	267
6. Leitlinien für Maßnahmen der Rehabilitation	267
7. Behindertenbeauftragte(r) und Beiräte	267
8. Gebärdensprache	268
9. Rechtsschutz	268
M. Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz (ZAG)	268
I. Verwendung der Gebärdensprache	269
II. Zugänglichmachung von Dokumenten	269
III. Kosten	269
IV. Eingeschränkte Geschäftsfähigkeit	270
1. Geschäfte des täglichen Lebens	270
a) Bestehende Rechtslage	270
b) Gesetzliche Fiktion des § 105 a BGB	270
c) Erfasste Geschäfte	271
d) „Geringe Mittel“	271
e) Rechtsfolgen	271
f) Ausnahme	272
2. Heimunterbringung und Behindertenwerkstatt	272

Anhang

1. Gesetz zu Artikel 11 der Verfassung von Berlin (Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung) vom 17. Mai 1999	275
2. Gesetz zur Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen in Sachsen-Anhalt vom 20. November 2001	285
3. Verordnung zur Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen im Verwaltungsverfahren nach dem Behindertengleichstellungsgesetz – Kommunikationshilfenverordnung (KHV) vom 17. Juli 2002	295

4. Verordnung zur Zugänglichmachung von Dokumenten für blinde und sehbehinderte Menschen im Verwaltungsverfahren nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung – VBD) vom 17. Juli 2002 . . .	297
5. Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung – BITV) vom 17. Juli 2002	302
6. Mustervereinbarung über die Zusammenarbeit mit Integrationsfachdiensten bei der beruflichen Integration von schwerbehinderten Menschen	305
7. Integrationsvereinbarung T-Com, Region Süd	309
8. Integrationsvereinbarung im Sinne von § 83 SGB IX Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	314
Sachverzeichnis	331